



Niederschrift

über die
13. Sitzung des Kreistages
des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Freitag, den 20.11.2015
Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsende: 11:49 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

Anwesend sind:

Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion

Kreisrat Eberhard Brunel-Geuder

Kreisrat Matthias DÜthorn

bis 11:20 Uhr, während TOP I/4

Kreisrat Armin Goß

Kreisrat Karl-Heinz Hertlein

Kreisrätin Gabriele Klaußner

Kreisrat Waldemar Kleetz

Kreisrat Hans Lang

Kreisrat Helmut Lottes

Kreisrat Reinhard Nagengast

ab 09:20 Uhr, während TOP I/1

Kreisrat Walter Nussel

Kreisrat Franz Rabl

Kreisrätin Dr. Ute Salzner

Kreisrat Alexander Schulz

Kreisrat Bernhard Schwab

Kreisrat Michael Schwägerl

Kreisrätin Doris Wüstner

SPD-Fraktion

Kreisrat Konrad Eitel

bis 11:36 Uhr, während TOP I/4

Kreisrat Konrad Gubo

Kreisrat Dr. German Hacker

Kreisrat Andreas Hänjes

Kreisrätin Alexandra Hiersemann

bis 11:20 Uhr, während TOP I/4

Kreisrat Christian Pech

Kreisrätin Rosemarie Schmitt

Kreisrätin Melitta Schön

Kreisrätin Renate Schroff

Kreisrat Günter Schulz

Kreisrätin Martina Stamm-Fibich

Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger

Kreisrätin Mechthild Weishaar-Glab

FW-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm

Kreisrat Karsten Fischkal

Kreisrätin Irene Häusler

bis 11:46 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Kreisrat Dr. Martin Oberle

Kreisrat Patrick Prell

Kreisrat Bernhard Seeberger

bis 11:23 Uhr, während TOP I/4

Kreisrat Ludwig Wahl

Kreisrat Dr. Manfred Welker

bis 11:35 Uhr, während TOP I/4

Kreisrat Manfred Wiehgärtner

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrätin Dr. Darina Bachmayer

Kreisrat Manfred Bachmayer

Kreisrat Dr. Lutz Bräutigam

Kreisrätin Irmgard Conrad

Kreisrat Wolfgang Hirschmann

Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet

bis 10:17 Uhr, während TOP I/2

Kreisrätin Helga Kondert

Kreisrätin Astrid Marschall

Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

FDP-Fraktion

Kreisrätin Britta Dassler

Kreisrat Michael Dassler

Kreisrätin Elke Weis

Gäste/Sachverständige

Markus Neufeld

Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-
Universität Erlangen-Nürnberg;
bis 09:30 Uhr, nach TOP I/1

Verwaltung

Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer

Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt

Regierungsdirektor Wolfgang Fischer

Regierungsrätin Kristin Romanek

Kreisbaumeister Thomas Lux

Oberregierungsrat Manuel Hartel

Medizinaloberrat Dr. Frank Neumann

Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl

Kaufmännischer Leiter Albert Prickarz

Beschäftigte Hannah Reuter

Beschäftigte Martina Schunk

Beschäftigte Dorothea Ackermann

Verwaltungsamtsrat Norbert Walter

Beschäftigter Matthias Nicolai

bis 11:47 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 10:28 Uhr, während TOP I/2

bis 11:07 Uhr, nach TOP I/2

bis 11:07 Uhr, nach TOP I/2

bis 10:28 Uhr, nach TOP I/2

bis 11:09 Uhr, nach TOP I/3

bis 11:07 Uhr, nach TOP I/2

bis 11:47 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 11:07 Uhr, nach TOP I/2

bis 09:30 Uhr, nach TOP I/1

Schriftführerin

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Nicht anwesend:

Kreisrat Andreas Galster

Kreisrätin Heidemarie Löb

Kreisrat Ulrich Meierhöfer

Kreisrat Stefan Müller

Kreisrat Johannes Schalwig

Kreisrätin Friederike Schönbrunn

Kreisrat Wilfried Glässer

Kreisrat Axel Rogner

Kreisrat Herbert Saft

Kreisrat Joachim Wersal

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Information über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen im Rahmen des Projektes "ERH 2030 - Den demografischen Wandel aktiv gestalten".
2. Aktueller Sachstandsbericht zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Landkreis Erlangen-Höchstadt.
3. Kreiskrankenhaus St. Anna Höchstadt a. d. Aisch; Ankündigung einer Planbettenanpassung durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege - Stellungnahme des Krankenhausträgers.
4. Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 13.04.2015; Umsetzung des "Regional optimierten Busnetzes" (RoBus) mit den Städten Erlangen und Nürnberg.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 09.11.2015; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung teilt Landrat Tritthart mit, diese müsse in der öffentlichen Sitzung um folgenden dringlichen Tagesordnungspunkt ergänzt werden:

„Antrag des staatlichen Landratsamtes auf Übertragung der Zuständigkeit gem. § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV); Einverständnis des Landkreises; betr. unverzügliches Vorbereiten der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach für eine dezentrale Unterbringung weiterer Flüchtlinge“.

Landrat Tritthart schlägt vor, diesen als Tagesordnungspunkt 2 b, nach dem Tagesordnungspunkt „Aktueller Sachstandsbericht zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Landkreis“, zu behandeln.

Die Mitglieder des Kreistages sind damit einverstanden.

I. Öffentliche Sitzung:

1. **Information über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen im Rahmen des Projektes "ERH 2030 - Den demografischen Wandel aktiv gestalten"**

Den Mitgliedern des Kreistages liegen zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie die Dokumentation der vier Regionalkonferenzen zum demografischen Wandel vor.

Landrat Tritthart begrüßt Herrn Dipl.-Geographen Markus Neufeld vom Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, der über die Ergebnisse der von März bis Juni 2015 durchgeführten Regionalkonferenzen zum demografischen Wandel im Landkreis berichten wird. Die vorliegende Dokumentation könne als Grundlage für das weitere Handeln dienen. Obwohl der Landkreis ökonomisch und demographisch gut aufgestellt sei, gebe es doch erhebliche Veränderungen in der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Auch im Landkreis werde die Bevölkerung insgesamt älter und auch in der Zusammensetzung vielfältiger. Die damit verbundenen Herausforderungen gelte es zu benennen und zu konkretisieren, um geeignete Maßnahmen treffen zu können.

Im Anschluss erläutert Dipl.-Geograph Neufeld im Rahmen einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist, zunächst die konzeptionelle Durchführung der Regionalkonferenzen und danach die erarbeiteten Ergebnisse. Demnach wurden die teilnehmenden Gemeinden örtlich gegliedert und vier sog. Verflechtungsräume (Erlangen, Herzogenaurach, Höchstadt und Nürnberg) gebildet. Aus dieser Perspektive wurden insbesondere die Themenfelder „Bauen und Wohnen“, „Wirtschaft und Finanzen“, „Infrastruktur“, „Familie“, „Bildung und Gesundheit“ und „Integration“ untersucht. Die entwickelten konkreten Maßnahmenpläne reichen z. B. von der Schaffung barrierefreier Wohnobjekte, von Ortsteiltreffpunkten, der Ehrenamtskoordination bis zur Integrationshilfe für Vereine. In der Gesamtheit konnte eine Vielzahl an Möglichkeiten herausgearbeitet werden, die in enger Abstimmung zwischen den Fachabteilungen des Landratsamtes und der jeweiligen Gemeinde umgesetzt werden können. Gleiches gilt für die Formulierung möglicher Förderanträge damit Fördermöglichkeiten genutzt werden können.

Landrat Tritthart dankt anschließend allen Ehrenamtlichen, Interessierten und den Bürgermeistern für die Teilnahme an dieser zeitaufwändigen Projektarbeit sowie dem Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die unter Leitung von Prof. Dr. Tobias Chilla die Durchführung der Regionalkonferenzen fachlich begleitet hat.

Im Rahmen der Beratung werden die Durchführung der Regionalkonferenzen und die vorgestellten Ergebnisse übereinstimmend begrüßt. Auf Nachfrage konkretisiert Dipl.-Geograph Neufeld, dass die Zahlen der Zuwanderung die Zuzugszahlen von Flüchtlingen noch nicht berücksichtigen.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Ergebnisse der Regionalkonferenzen zustimmend zur Kenntnis.

2 a. Aktueller Sachstandsbericht zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Landkreis

Landrat Tritthart erklärt, wie bereits im letzten Ausschuss für soziale Angelegenheiten geschehen, wolle er auch den Kreistag über die aktuelle Situation zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern informieren, um eine größtmögliche Transparenz zu gewährleisten.

Landrat Tritthart macht deutlich, die negativen Prognosen haben sich weiter bestätigt und alle bisher auf höheren Ebenen beschlossenen Maßnahmen haben noch zu keiner Entlastung des Landkreises geführt. Dies gelte ebenso für die Nachbarlandkreise z.B. Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim. Dort entwickeln sich die Zugangszahlen ebenso nach oben. Die bisherige Ausgangslage im Landkreis Erlangen-Höchstadt von bislang 30 bis 40 dezentral unterzubringenden Personen pro Woche ist seit kurzer Zeit deutlich auf 45 Personen pro Woche angestiegen. Ein weiterer Anstieg auf 50 bzw. 65 Personen pro Woche ist von der Regierung von Mittelfranken aktuell bereits angekündigt. Diese gehe auch davon aus, dass dies noch nicht das Ende des Anstieges sei. Für den Landkreis bedeute dies, dass aktuell insgesamt 1350 Personen (zuletzt 1200), einschließlich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, untergebracht sind. Mit der Anmietung des ehemaligen Praktikermarktes in Herzogenaurach (Kapazität insgesamt 500 Personen, derzeit untergebracht 216 Personen) und der Umwidmung der ehemaligen Tennishalle in Hemhofen in eine dezentrale Unterkunft (Kapazität 180 Personen) habe man entsprechend gegengesteuert. Neben den Notunterkünften für die Erstaufnahme der Asylbewerberinnen und Asylbewerbern erfülle der Landkreis die vorgegebene Unterbringungsquote. Aufgrund der weiterhin steigenden Zahlen habe der Landkreis bei 65 Zugängen pro Woche nur noch für nächste Woche ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten. Es sei deshalb unumgänglich in der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach erneut Unterbringungsplätze einzurichten. In diesem Fall zur dezentralen Unterbringung, nicht wie vor einem Jahr zur Erstaufnahme von Asylsuchenden. Darüber hinaus wurden personelle Umverteilungen veranlasst, um die laufende Verwaltung im Bereich „Soziales“ gewährleisten zu können. Dies stoße bei den Betroffenen ebenso wie beim Personalrat nicht auf ungeteilte Zustimmung, sei aber angesichts der Gesamtsituation unerlässlich. Neues Personal könne für die Bearbeitung der Thematik angesichts des massiven Wettbewerbs nur noch sehr schlecht bis nicht mehr gewonnen werden. Die Auswirkungen auf den übrigen Dienstbetrieb werden so gering wie möglich gehalten, Einschränkungen seien jedoch möglich.

Landrat Tritthart schließt seinen Bericht mit dem ausdrücklichen Dank an alle Ehrenamtlichen in den Helferkreisen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie vor allem auch den Bürgermeistern im Landkreis, die sich in dieser Angelegenheit unterstützend und hilfreich einbringen. Gleichzeitig appelliert Landrat Tritthart nochmals an alle Gemeinden weiter dauerhaft nutzbare Unterbringungsmöglichkeiten aber evtl. auch kommunale Sporthallen zur Nutzung anzubieten. Bei unverminderten Zugangszahlen sei auch die Kapazität in der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Kürze erschöpft, so dass ein Rückgriff auf weitere Sporthallen notwendig werden könnte.

In diesem Zusammenhang äußert Landrat Tritthart die Ansicht, die dezentrale Unterbringung z.B. in einer Sporthalle sei mit dem obersten Ziel einer schnellen Integration dauerhaft nicht vereinbar. Dies werde er in Abstimmung mit den Landratskollegen über den Bezirksverband auch nochmals der Regierung deutlich machen. Die Menschen könnten nicht mehr nur nach Quote verteilt werden. Hier müsse auf höheren Ebenen eine Änderung herbeigeführt und beispielsweise auch Leerstände in anderen Regionen berücksichtigt werden.

2 b. Antrag des staatlichen Landratsamtes auf Übertragung der Zuständigkeit gem. § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV); Einverständnis des Landkreises; betr. unverzügliches Vorbereiten der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach für eine dezentrale Unterbringung weiterer Flüchtlinge

Im Anschluss geht Landrat Tritthart auf die verteilte Tischvorlage ein und erklärt, aufgrund eines Ministerratsbeschlusses vom 09.02.2015 gebe es die verfahrenstechnische Möglichkeit, die Errichtung und den Bauunterhalt von Unterkünften für Asylbegehrende und Flüchtlinge für Bauprojekte auf der Grundlage des neuen § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV) eigenständig durch das Landratsamt als Staatsbehörde vorzunehmen. Landrat Tritthart weist nochmals auf die besondere Eilbedürftigkeit hin, in der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums erneut Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen; jetzt zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Da eine kurzfristige Zustimmung zur Schaffung der neuen Unterbringungskapazitäten in der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach, entsprechend der bisherigen Verfahrensweise, von der Regierung von Mittelfranken und dem Staatlichen Bauamt, unter Hinweis auf die mögliche Zuständigkeitsübertragung nicht erklärt wurde, schlägt Landrat Tritthart vor, einen entsprechenden Antrag auf Übertragung der Zuständigkeit noch heute zu stellen. Die „Formalie“ eines positiven Bescheides der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern könne jedoch nicht abgewartet werden. Vielmehr appelliert Landrat Tritthart an die Mitglieder des Kreistages auch das Einverständnis zu erklären und die Verwaltung zu ermächtigen, schon vor Eingang der zu erwartenden Zustimmung, alle erforderlichen baulichen Maßnahmen zu tätigen (z.B. Auskleidung Hallenboden, Anpassung Wasser und Strom, Bestellung von Sanitärcontainern).

In der anschließenden Beratung und Diskussion werden in zahlreichen Wortmeldungen umfangreiche differenzierte Positionen und Meinungen zum politischen Umgang mit dem Thema Asyl vorgetragen und vom Landrat und der Verwaltung Detailfragen beantwortet. Im Verlauf der Beratung erklärt Landrat Tritthart, mit den Städten, Märkten und Gemeinden in vernünftiger Kooperation zusammenarbeiten zu wollen. Die Unterbringungslisten in den Gemeinden ändern sich nahezu täglich. Es sei auch nicht möglich, einfach, wie gefordert, den Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Gemeinden umzulegen. Es werde jedoch nochmals explizit auf Gemeinden zugegangen, die bisher noch keine Unterbringungsmöglichkeiten realisieren konnten. Grundsätzlich stimmt Landrat Tritthart dem Vorschlag zu, entsprechend leistungsfähige Kommunen könnten leerstehende Gebäude aufkaufen, als Unterbringungsmöglichkeit nutzen und diese ggf. später dem allgemeinen sozialen Wohnungsbau zuführen. Für entsprechende Gespräche stehe er jederzeit bereit. Zur erneuten Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum in Herzogenaurach weist Kreisrat und Bürgermeister Dr. Hacker darauf hin, dass die Situation im letzten Jahr gut bewältigt wurde.

Er bittet jedoch zu prüfen, ob ggf. auch in reduzierter Form der Einsatz eines Sicherheitsdienstes möglich ist. Von Seiten der Verwaltung wird mitgeteilt, dass Hausmeister, Caterer und auch ein Sicherheitsdienst eingesetzt werden.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen den aktuellen Sachstandsbericht zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Landkreis zur Kenntnis und fassen anschließend folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern die Übertragung der Zuständigkeit für das unverzügliche Vorbereiten der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach zur Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen gem. § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV) im Zeitraum ab sofort bis 31.12.2017 zu beantragen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, schon vor Eingang der zu erwartenden Genehmigung des Antrages durch die Oberste Baubehörde alle erforderlichen baulichen Maßnahmen zu tätigen, die für das Herrichten der Sporthalle der Berufsschule Herzogenaurach erforderlich sind.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 50 Nein: 0 Anwesend: 50**

3. Kreiskrankenhaus St. Anna Höchstadt a. d. Aisch; Ankündigung einer Planbettenanpassung durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege - Stellungnahme des Krankenhausträgers

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor. Demnach hat das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege mit Schreiben vom 27.08.2015 angekündigt, die Planbettenzahl des Kreiskrankenhauses St. Anna in Höchstadt a. d. Aisch aufgrund der Belegung im Jahr 2014 von 64,7 % von 85 auf 80 Betten verändern zu wollen und hierzu um eine Stellungnahme des Landkreises als Krankenhausträger, gebeten. Von Seiten der Krankenhausverwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Vereinbarung der Maßnahmen zur hygienischen Optimierung und Strukturverbesserung mit dem Ministerium ohnehin die vorgeschlagene Planbettenänderung enthält und diese dadurch lediglich zeitlich vorgezogen wird.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Die Planbettenanpassung durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege wird akzeptiert. Die Aufteilung soll zukünftig

Innere Medizin	47 statt 48 Betten
Chirurgie	30 statt 33 Betten
HNO	3 statt 4 Betten

beinhalten.

Die Anzahl der im Kreiskrankenhaus aufgestellten Betten ändert sich nicht.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 50 Nein: 0 Anwesend: 50**

4. **Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 13.04.2015; Umsetzung des "Regional optimierten Busnetzes" (RoBus) mit den Städten Erlangen und Nürnberg**

Landrat Tritthart weist eingangs darauf hin, dass die Mitglieder des Kreistages zum Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 13.04.2015 zur Umsetzung eines „Regional optimierten Busnetzes“ (RoBus) mit den Städten Erlangen und Nürnberg in der Kreistagssitzung am 05.10.2015 eine umfangreiche Sitzungsunterlage erhalten haben. Die Behandlung der Angelegenheit wurde in dieser Sitzung auf Antrag der FW-Kreistagsfraktion vertagt. Landrat Tritthart erklärt, vor der heutigen Beratung und Entscheidung über den noch vorliegenden Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 13.04.2015 wolle er insbesondere folgende Sachverhalte und Punkte nochmals verdeutlichen: Der Landkreis gestaltet bereits jetzt intensiv landkreisweit Verbesserungen im ÖPNV. Hierzu zählen u. a. Angebotsverdichtungen in den ländlicheren Bereichen abseits der großen Verkehrsachsen, zusätzliche Direktverbindungen für Berufspendler, Entschärfung von Spitzen im Schülerverkehr, sukzessive Busbeschleunigungsmaßnahmen bzw. Ampelvorrangschaltungen sowie die Einrichtung von Stadt-/Ortsverkehren. Diese Optimierungsansätze wurden von ihm am 23.07.2015 im interfraktionellen Arbeitskreis Nahverkehr vorgestellt und allgemein befürwortet. Landrat Tritthart vertritt die Ansicht, alle diese Maßnahmen seien deutlich besser als das geforderte sog. RoBus-System. Dieses Konzept sehe eine Verbindung der Regionalbus- und Stadtbussysteme vor, nur soweit T-Netz-Relationen betroffen sind. Ein Buskonzept auf dieser Basis stellt die Bedienung der kreisfreien Städte Erlangen und Nürnberg sowie der Stadt Herzogenaurach und der Gemeinden Buckenhof, Spardorf und Uttenreuth sicher; die anderen Gemeinden im Landkreis seien davon nicht direkt betroffen. Bauliche Grundvoraussetzung wäre der Bau der Kosbacher Brücke im Stadtgebiet Erlangen. Falls deren Bau von Seiten der Stadt Erlangen überhaupt in Betracht gezogen werde, dann für die Regnitztalquerung der Stadt-Umland-Bahn. Landrat Tritthart betont, es könne doch nicht gewollt sein, die Linie 202 (Weisendorf), 203 (Höchstadt a. d. Aisch), 205 (Höchstadt a. d. Aisch), 201 (Herzogenaurach) und 209 (Eckental) in der Bedienung zu halbieren bzw. auszudünnen?

Zur Forderung von Preissenkungen müsse auch auf die Geschichte des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN) hingewiesen werden. So wurde bei dessen Gründung bewusst darauf gesetzt, dass dieser Verkehrsverbund von den anbietenden Firmen und nicht von den Kommunen getragen wird. Dies ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal und bedeutet, jede Preissenkung muss gegenüber den Firmen durch die Kommunen ausgeglichen werden. Auf dieser Basis müsse auch verstanden werden, dass die Unternehmer ihre Nutzerzahlen nicht öffentlich machen und dazu auch nicht verpflichtet sind. Weiterhin werden durch den Verkehrsverbund gebietskörperschaftsübergreifend einheitliche Fahrpreise gewährleistet, unabhängig davon ob Bus oder Bahn benutzt wird. Fahrpreissenkungen für Jugendliche, Senioren und Berufstätige zu fordern, ohne die Konsequenzen zu berücksichtigen, sei keine verantwortbare Vorgehensweise und stelle das gesamte System in Frage. Hierzu müsse letztendlich sogar der Ausstieg aus dem Verkehrsverbund benannt werden. Landrat Tritthart plädiert nachdrücklich dafür, den ÖPNV in der bestehenden Form weiter zu verbessern und voranzubringen und die Bürgerinnen und Bürger daran zu beteiligen. Erfreulich sei z. B. eine 20%ige Rücklaufquote einer in Möhrendorf durchgeführten Bürgerbefragung mit interessanten Antworten z. B. auch für den Zielort innerhalb der Stadt Erlangen.

Landrat Tritthart trägt anschließend folgenden Beschlussvorschlag vor:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. An dem bisherigen Weg zur Verbesserung des ÖPNV im Rahmen der bis 2019 durchzuführenden Linienbündelausschreibungen des Landkreises wird festgehalten.
3. Der Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 13.04.2015 wird abgelehnt.
4. Der Konzeptentwurf der Stadt Erlangen, der auf einem gemeinsamen Nahverkehrsplan der Stadt und des Landkreises auf Basis von Durchmesser- und Tangentiallinien abzielt, ist zu gegebener Zeit dem Kreistag zur Beschlussfassung (Richtungsbeschluss) vorzulegen, sobald die Grundparameter einer künftigen gemeinsamen Fahrplangestaltung von Stadt und Landkreis Entscheidungsreife erlangt haben.

Im Rahmen der anschließenden Beratung dankt zunächst der Fraktionsvorsitzende der FW-Kreistagsfraktion, Kreisrat Brehm, für die umfangreich ausgearbeitete Sitzungsvorlage und stellt fest, der ÖPNV sei vergleichsweise gut aufgestellt. Vergleichsmaßstab für das Ro-Bus-Konzept war die Stadt-Umland-Bahn (StUB). Da die Zuständigkeit hierfür seit Juli 2015 auf die Stadt Herzogenaurach übertragen ist, sei nun ein Systemvergleich BRT-System flächendeckend im gesamten Landkreis mit Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung erforderlich. Ein entsprechender Antrag werde für eine nächste Sitzung formuliert. Dessen ungeachtet vertritt Kreisrat Brehm die Auffassung, die Senkung der Fahrpreise müsse im Dialog mit dem Verkehrsverbund und den Städten Erlangen und Nürnberg weiterhin angestrebt werden. Vorstellbar sei ein Modellprojekt, in dem exemplarisch die Fahrpreise für Jugendliche reduziert werden und anschließend ausgewertet wird, ob dadurch die Akzeptanz durch diesen Personenkreis steigt. Landrat Tritthart weist auf den fehlenden Finanzierungsvorschlag für dann zu leistende Ausgleichszahlungen hin. Auf ausdrückliche Nachfrage durch Landrat Tritthart bestätigt Kreisrat Brehm, der Antrag, die Konstellation Ro-Bus/StUB-T-Netz betreffend, habe sich inhaltlich erledigt. Die Forderung einer Fahrpreissenkung für Jugendliche solle jedoch, nicht nur beschränkt auf den Landkreis, in den Verkehrsverbund eingebracht werden. Im Weiteren wird aus dem Gremium auch die Thematik eines sog. „Sozialtickets“ in die Diskussion eingebracht. Auch hierfür müsste der Landkreis entsprechend die Kosten tragen. Kreisrat Hirschmann stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, nach Konkretisierung des Antrages zur Fahrpreissenkung durch die FW-Kreistagsfraktion, die genauen Kosten mitzuteilen.

Landrat Tritthart schlägt der FW-Kreistagsfraktion im Verlauf der weiteren Diskussion vor, den vorliegenden Antrag vom 13.04.2015 zurückzunehmen. Der angesprochene BRT-Systemvergleich sowie die Tarifthematik könnte hinreichend konkretisiert nochmals als Antrag eingebracht werden.

Der Fraktionsvorsitzende der FW-Kreistagsfraktion Brehm erklärt die Rücknahme des gesamten Antrags vom 13.04.2015. Für Kreisrat Hirschmann hat sich damit der in der Beratung gestellt Antrag ebenfalls erledigt.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Erlangen, 23.11.2015

Alexander Tritthart
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsamtfrau

ERH 2030

Den demografischen Wandel aktiv gestalten

Kreistag Erlangen-Höchststadt, 20. November 2015
Dipl.-Geogr. Markus Neufeld



Der ‚Demografische Wandel‘...

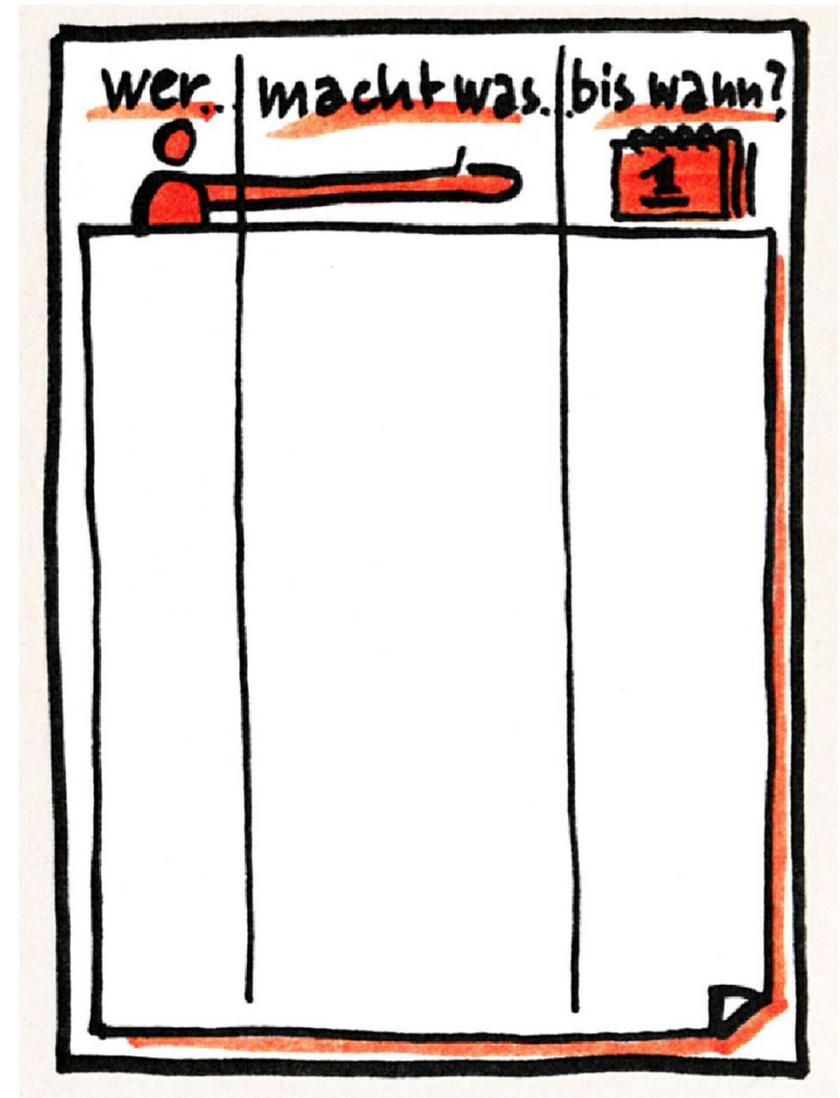
... ist eine ungewöhnliche **Bevölkerungsdynamik**, die eine oder mehrere der folgenden Tendenzen umfasst:

- **Weniger:** die Bevölkerungszahl sinkt
 - Abwanderung
 - Sterbeüberschuss
- **Älter:** die Bevölkerung wird älter
 - Steigendes Durchschnittsalter
 - Größerer Anteil der älteren Bevölkerungsgruppe (65+)
- **Bunter:** die Bevölkerung wird vielfältiger
 - Größerer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
 - Vielfältigere Formen des Zusammenlebens etc.

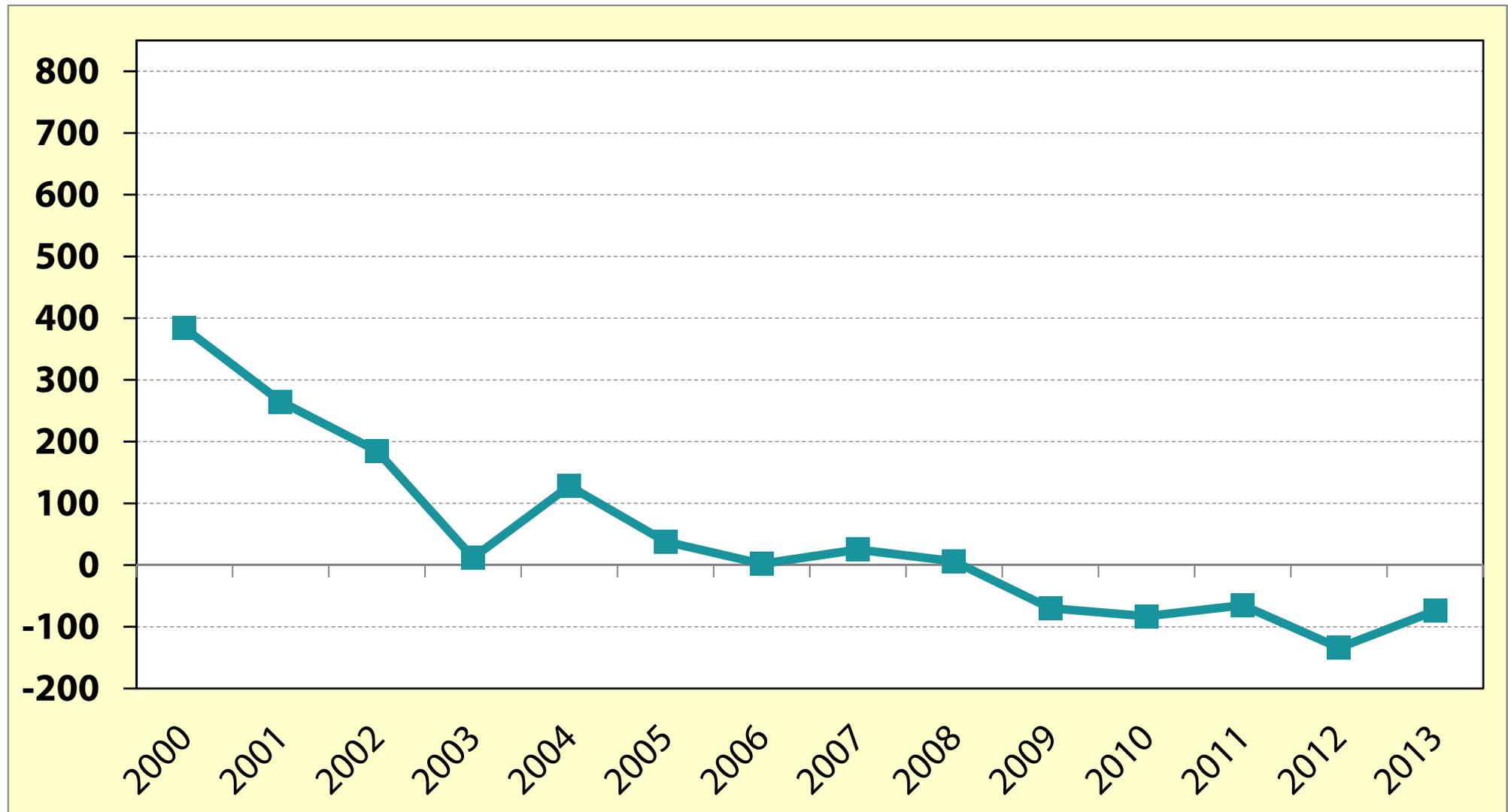
Eine ‚Demografie-Strategie‘ ...

... entwickelt ein mittelfristiges Vorgehen, das ...

- ... die **Faktenlage** reflektiert (Statistik, politischer Rahmen, Status quo).
- ... **Prioritäten** formuliert.
- ... konkrete **Maßnahmen und Projekte** entwickelt.

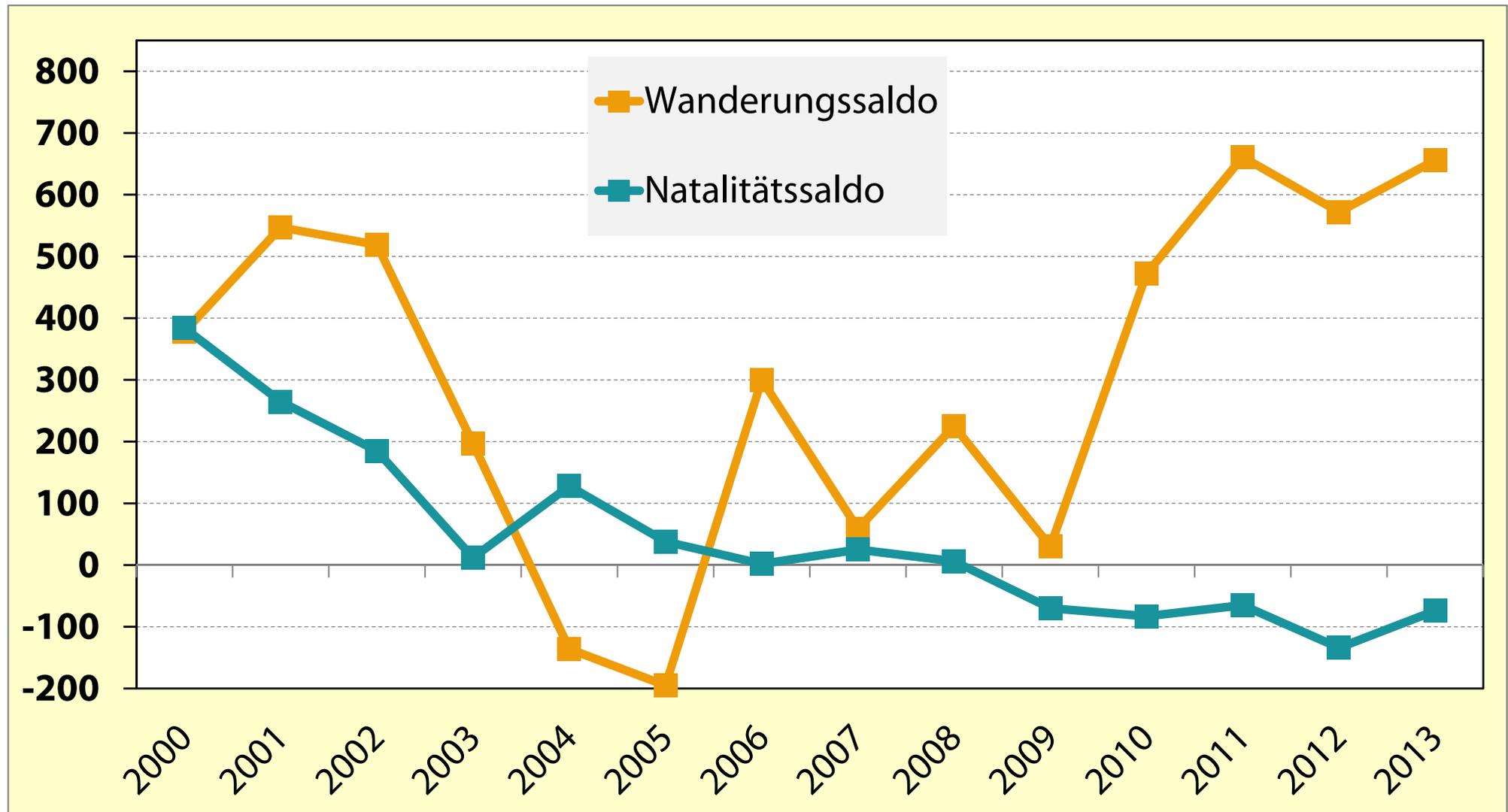


Natalitätssaldo 2000-2013 (Lkr. ERH)



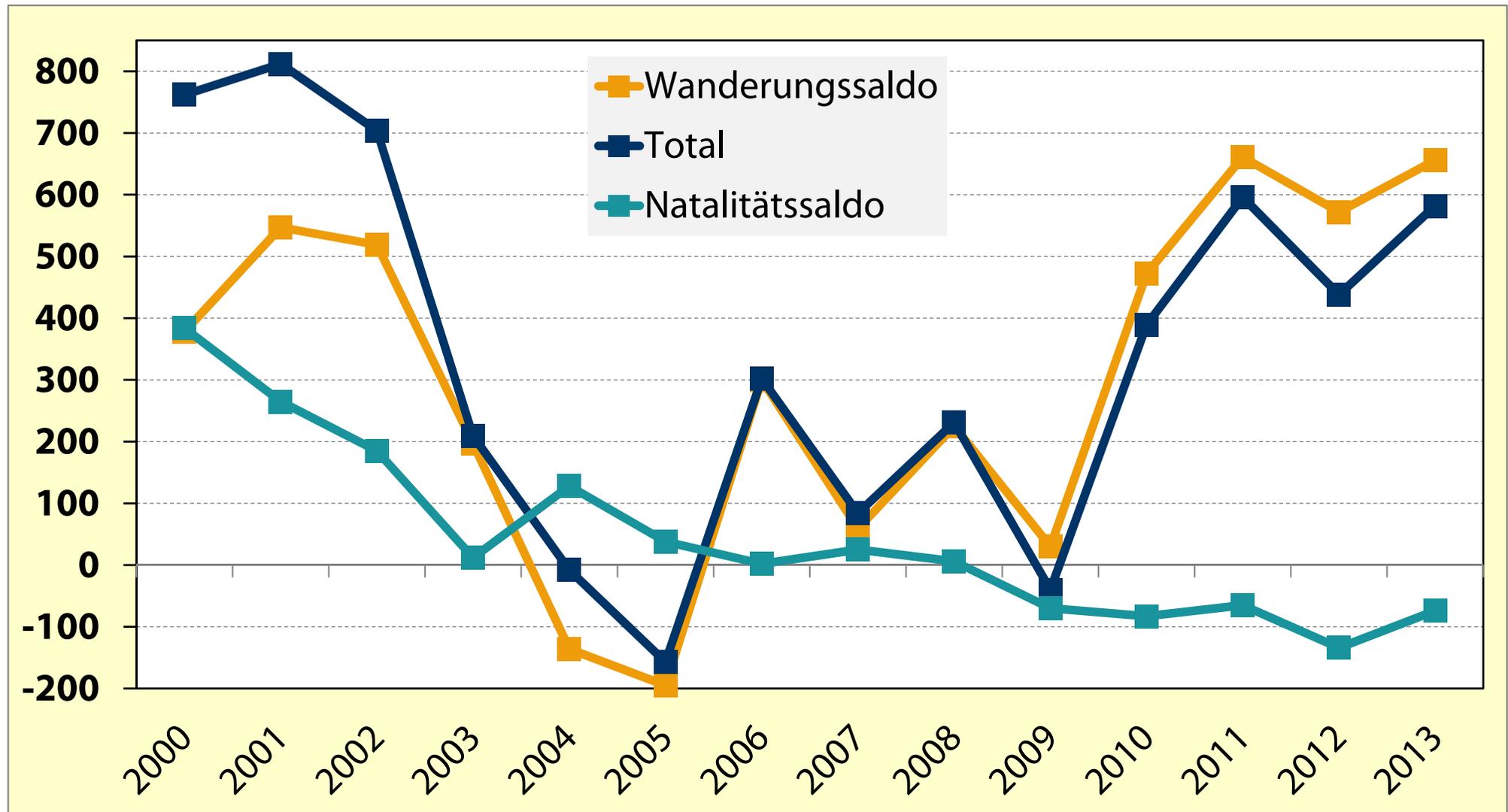
Eigene Darstellung nach LfStaD (2015)

Saldenentwicklung 2000-2013 (Lkr. ERH)



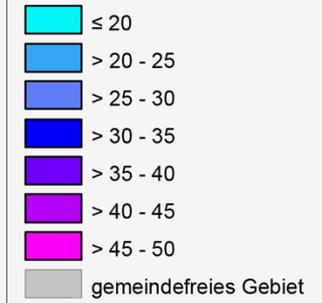
Eigene Darstellung nach LfStaD (2015)

Saldenentwicklung 2000-2013 (Lkr. ERH)



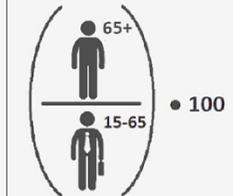
Eigene Darstellung nach LfStaD (2015)

Altenquotient 2013 [%]

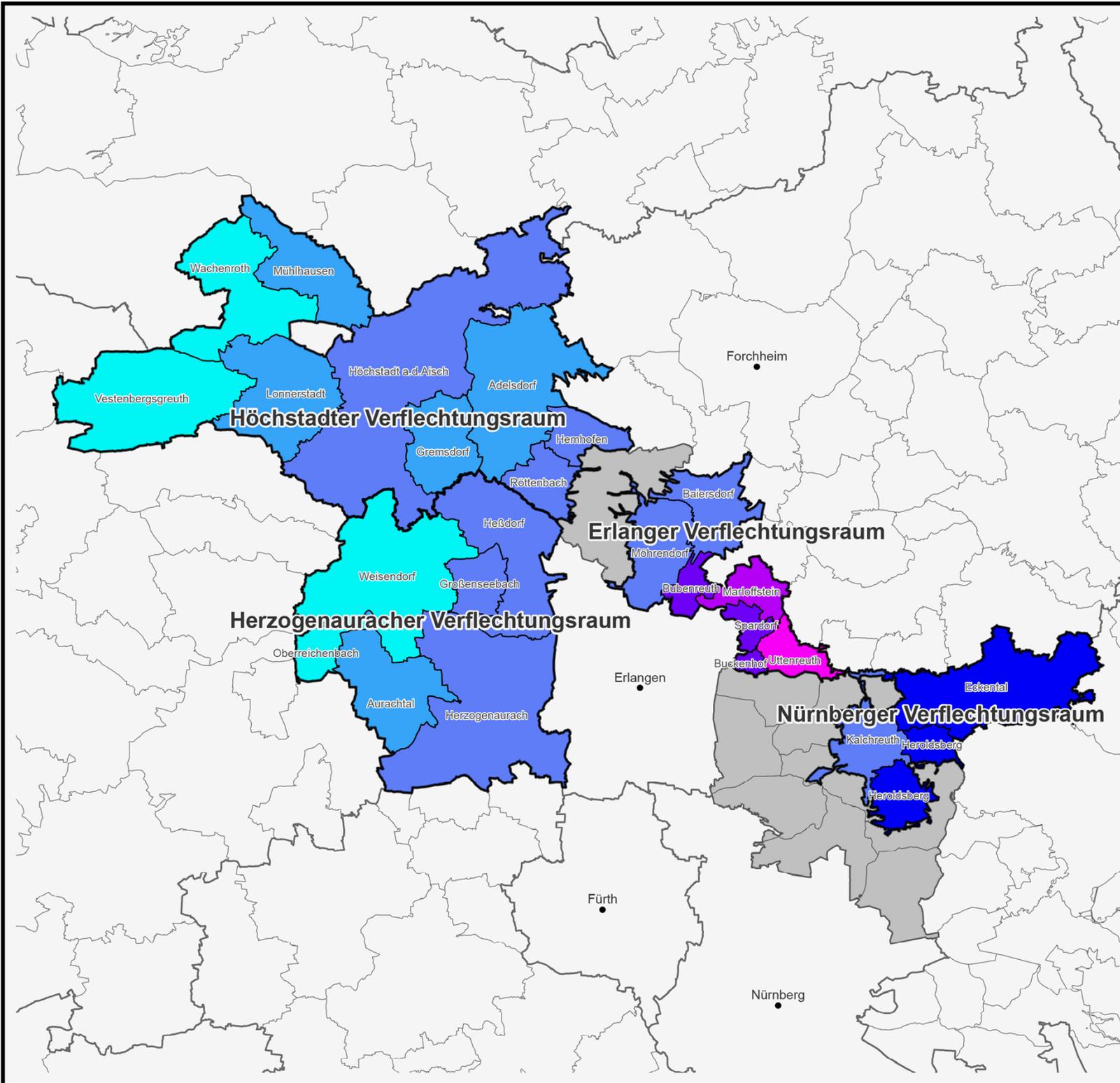


Vergleich:
 Erlangen-Höchstadt 28,5
 Mittelfranken 30,2
 Bayern 29,6

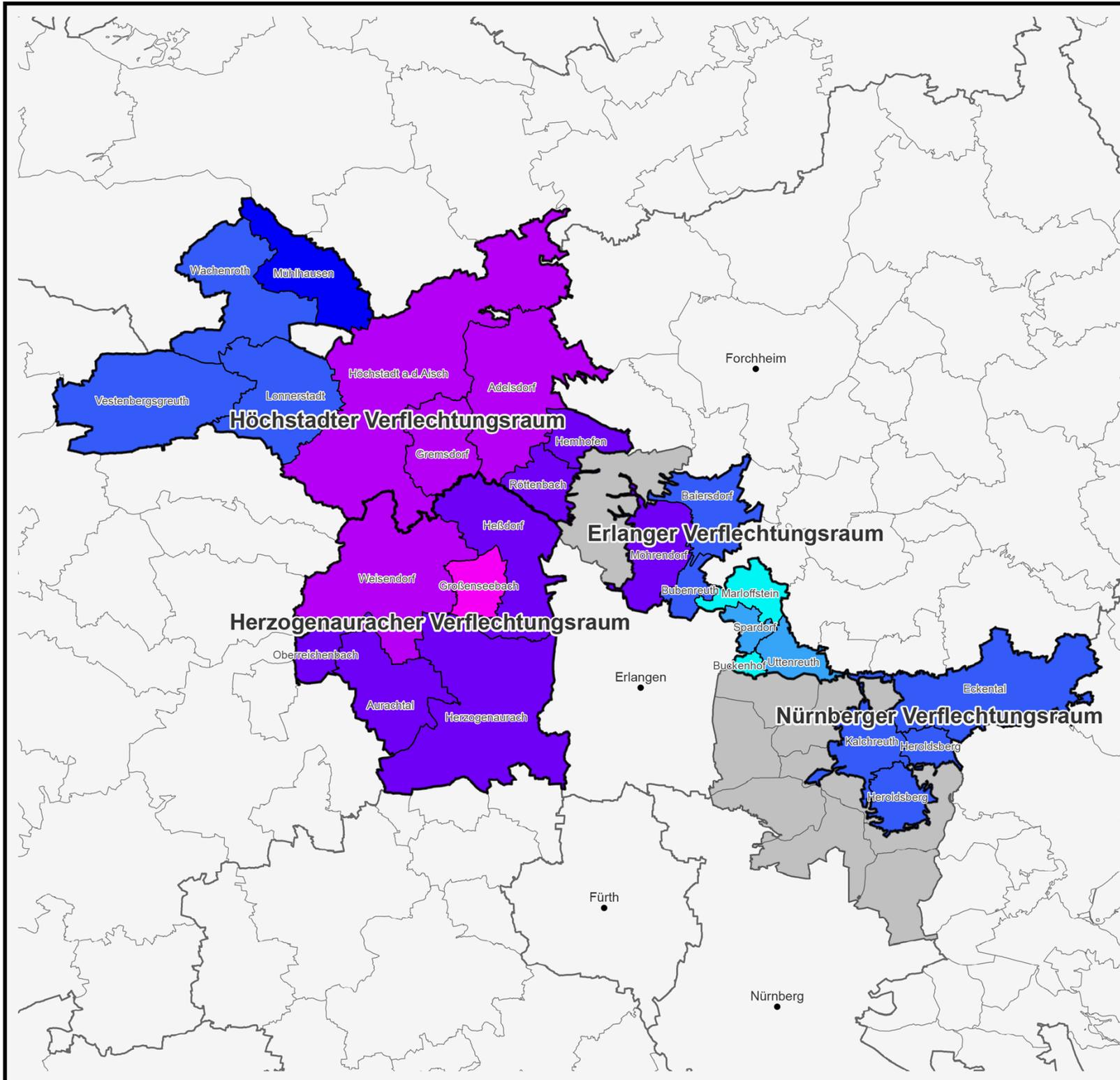
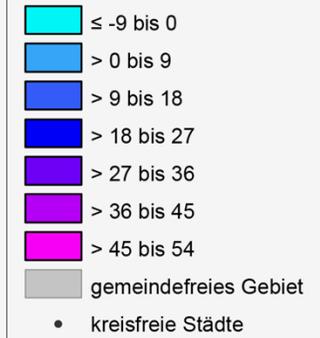
Berechnung:



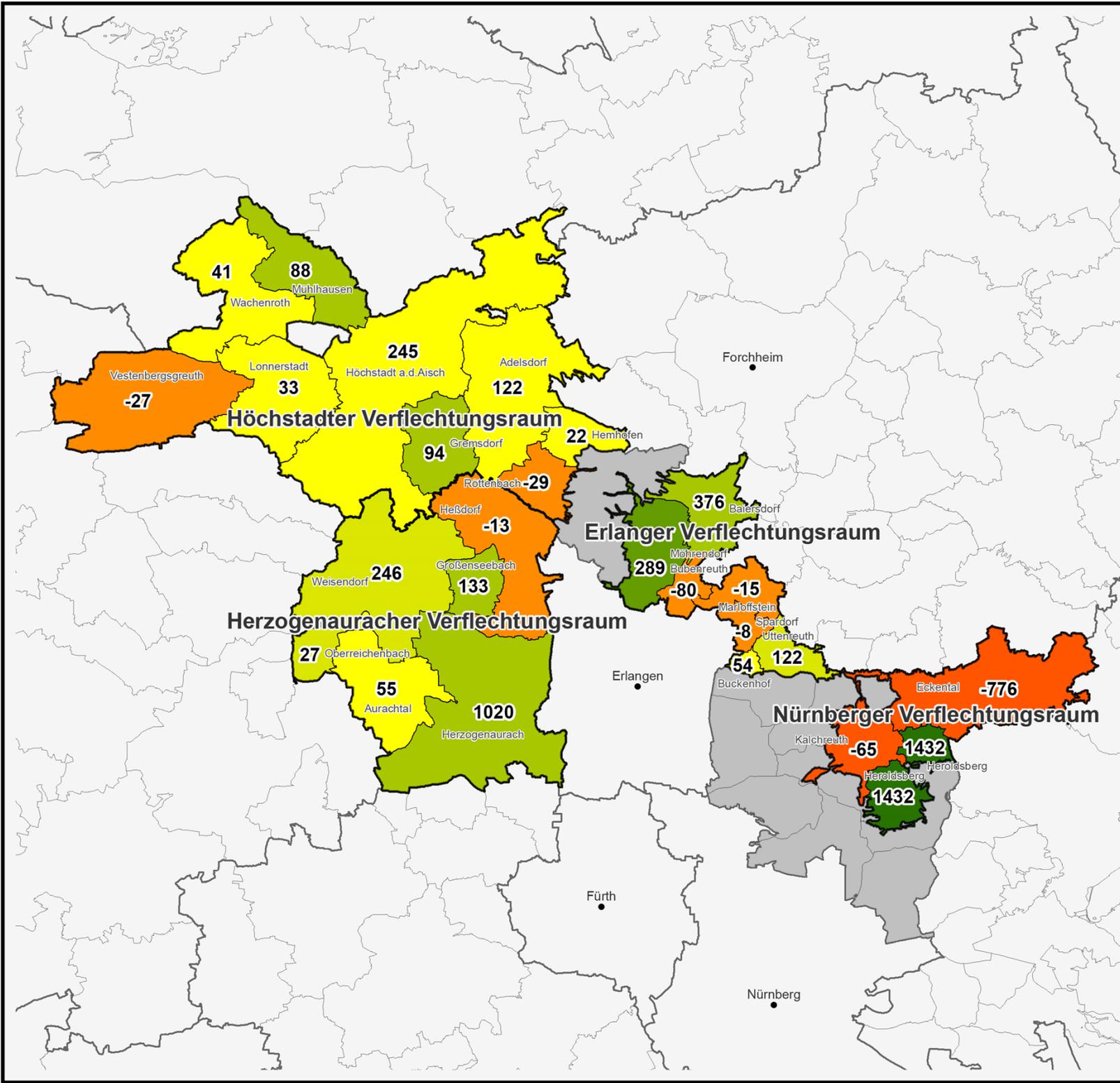
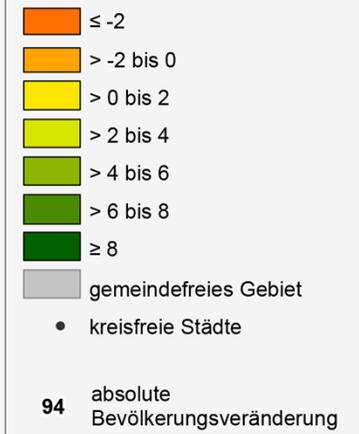
Entwurf & Kartographie: M. Fendt, R. Glauert, C. Schulz
 Datengrundlage: Landesamt für Statistik (2015)
 Kartengrundlage: Bayerische Vermessungsverwaltung –
 www.geodaten.bayern.de (2015)



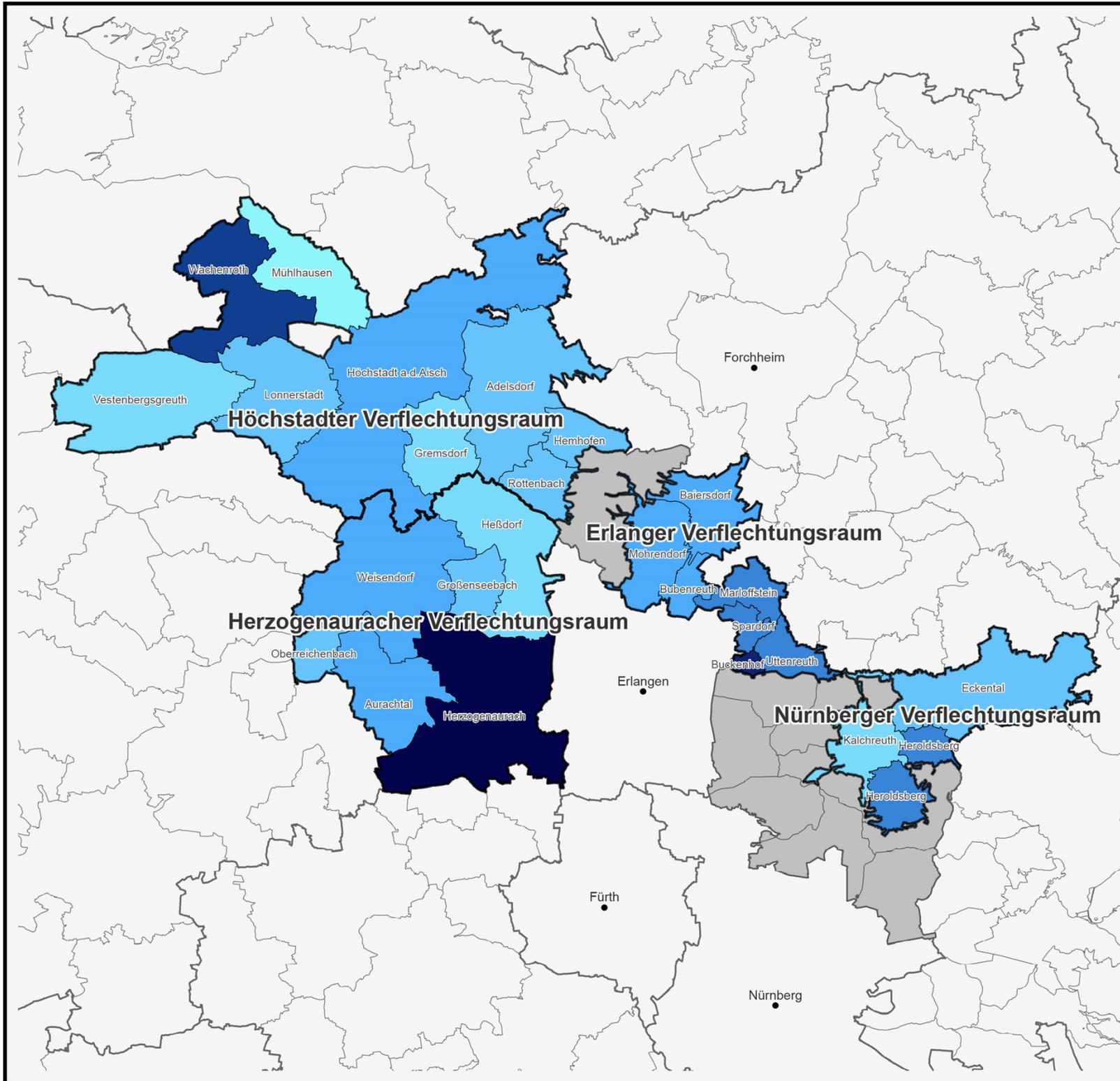
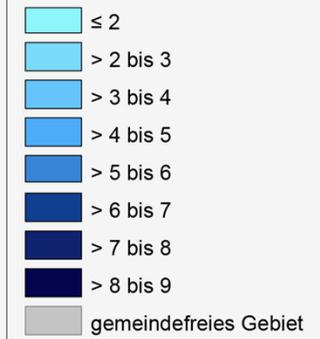
Veränd. der Bevölkerung über 65 Jahren (2009-2021) [%]



Bevölkerungsprognose bis 2030 [%]

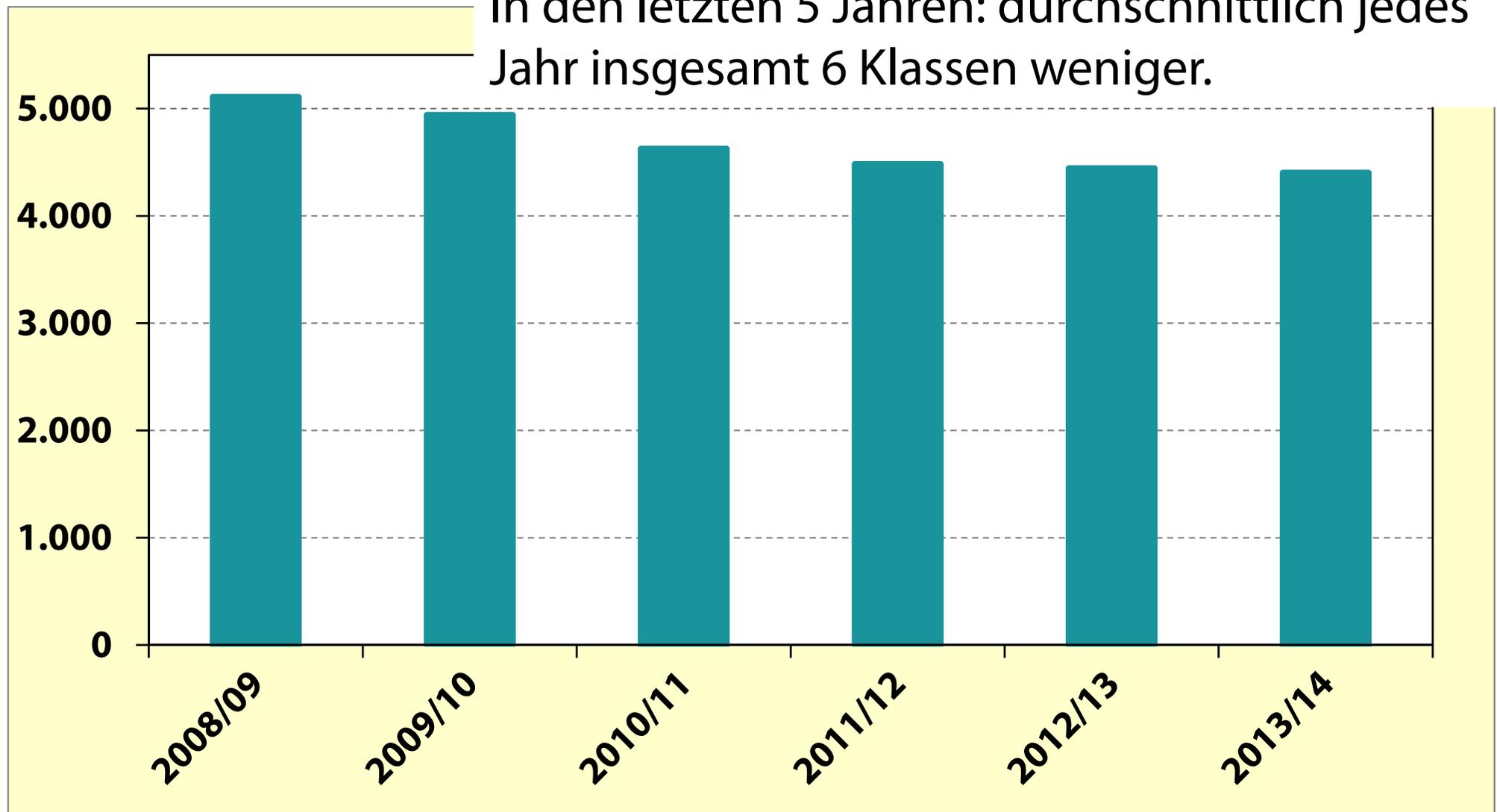


Ausländeranteil 2011 [%]



Implikationen: Schülerzahlen in Grundschulen

In den letzten 5 Jahren: durchschnittlich jedes Jahr insgesamt 6 Klassen weniger.

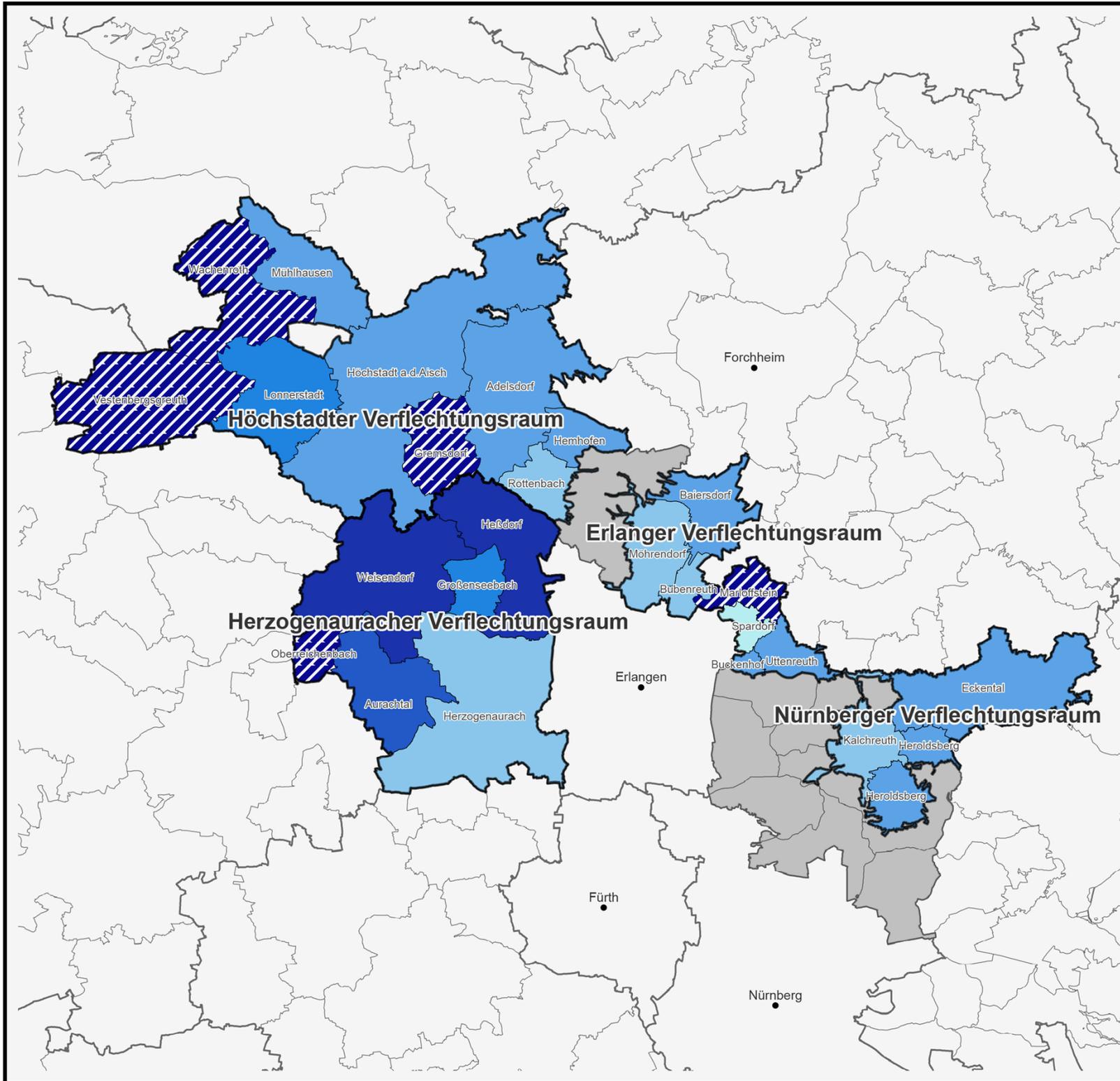


Eigene Darstellung nach LfStaD (2015)

Anzahl der Einwohner pro Hausarzt 2015



Vergleich:
 Erlangen-Höchststadt 1438
 Mittelfranken 1383
 Bayern 1378



Der ‚Demographische Wandel‘...

... ist eine ungewöhnliche **Bevölkerungsdynamik**, die eine oder mehrere der folgenden Tendenzen umfasst:

- **Weniger:** die Bevölkerungszahl sinkt
 - Abwanderung
 - Sterbeüberschuss
- **Älter:** die Bevölkerung wird älter
 - Steigendes Durchschnittsalter
 - Größerer Anteil der älteren Bevölkerungsgruppe (65+)
- **Bunter:** die Bevölkerung wird vielfältiger
 - Größerer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
 - Vielfältigere Formen des Zusammenlebens etc.

... mittelfristig nur in
Teilräumen zu
erwarten

... sehr relevant

... sehr relevant

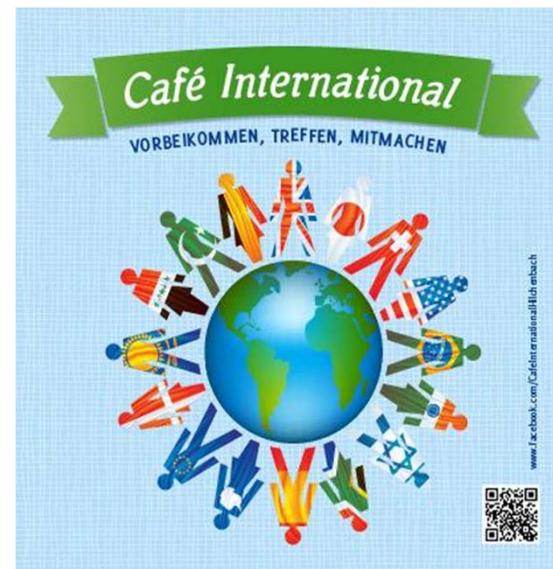
Beispiele guter Praxis



Projekt Leihoma - Leihopa
Kindern. Zeit. Schenken.



Bundesinitiative
Frühe Hilfen



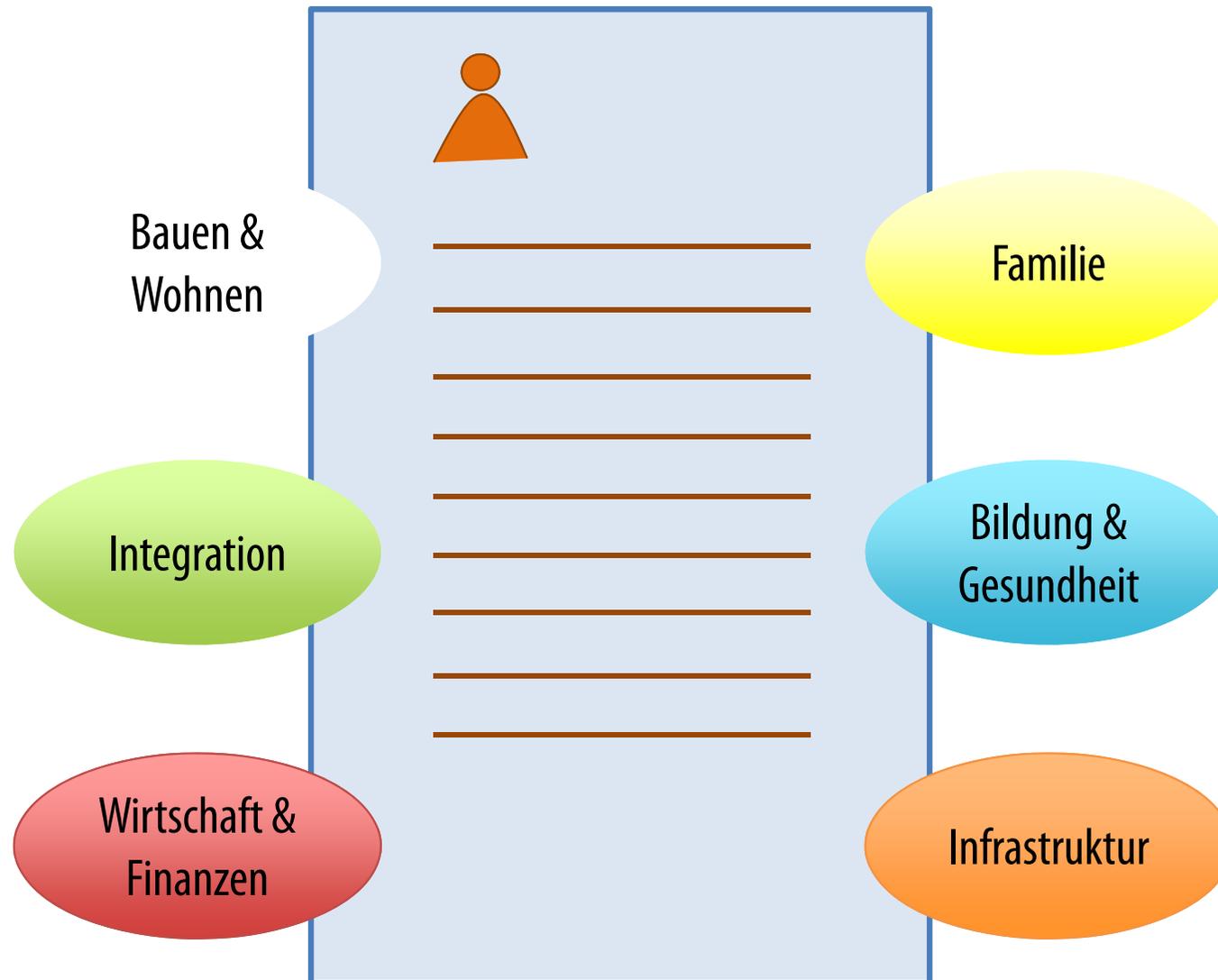
Ablauf der Regionalkonferenzen

The background features a dark blue-tinted photograph of a classical building facade with multiple windows and a decorative pediment. Overlaid on the right side is a large, semi-transparent circular seal. The seal contains a central emblem with two profiles facing each other, surrounded by the Latin text 'SIGILLUM ACADEMIAE' and 'SIGILLUM ACADEMIAE'.

Ablauf einer Regionalkonferenz

- Begrüßung Landrat Alexander Tritthart (5')
- Begrüßung gastgebender Bürgermeister (5')
- Impulsvortrag Prof. Dr. Tobias Chilla (20')
- 6 Thementische (60')
 - *Pause* - (20')
- Gemeindetische (45')
- Zusammenführung der Ergebnisse im Plenum (20')

Thementische



Thementische



Thementische



Gemeindetische



Gemeindetische

Weisendorf

Bürgerbus ● ● ● 3 (2)

① **Freizeit** ● ● ● Flächen- und Baumanagement
2 **Infrastruktur** z.B. Leerstand
günstiges Wohnraumangebot ● ● ● 1

③

Ehrenamtsbörse ● ● ● 2 ● ● ● Informationsstelle u. Beratung 1 ● ● ● Willkommenskultur - 4 ● ● ● z.B. Broschüre ● ● ● ①

Nachbarschaftshilfe ● ● ● 2 (3)

Öffentliche ● ● ● 0

Maßnahmenplan

Wer?	macht was	bis wann?
Gemeinderat Beratung durch Fachl.	barrierefreie Infrastruktur im Ort	2023
Rathaus	Willkommenskultur z.B. Broschüre	2015
Bürgermeister	Interkommunale Zusammenarbeit	2015
Seniorenbeirat u. Amt f. Freizeit u. Kultur	Bürgerbus ↳ Fahlerpool, Infrastruktur	2015
Vorbildfunktion ököntl. Personen	Gewinnung von Ehrenamtlichen	2015
Mehrgenerationenhaus u. Kirchen	Nachbarschaftshilfe	2016
Amt für Freizeit u. Kultur	Mehrgenerationenspielplätze	2015

Zusammenführung im Plenum



Ergebnisdokumentation

	Gemeinde	Bauen & Wohnen	Wirtschaft & Finanzen	Infrastruktur	Familie	Bildung & Gesundheit	Integration	Sonstiges
Erlanger Verflechtungsraum	Uttenreuth	genossenschaftliches (Senioren-) Wohnen // fußgängerfreundliches Zentrum	-	Dorfbus // Optimierung Nahverkehr // Aufbau Wegenetz	-	Generationensportpark	-	-
	Marloffstein	Wohnraum durch Nachverdichtung	-	-	Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe	-	breitere Sportangebote // ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe	-
	Bubenreuth	Sanierung der Sportstätten	-	Carsharing und E-Bike	Nachbarschaftshilfe	Zusammenarbeit Schulen - Senioren	Begrüßung von Flüchtlingen	Fragebogen zur Bürgerzufriedenheit
	Spardorf	Nachverdichtung // alternative Wohnformen	-	ÖPNV-Ausbau // Bürgertreff Dorfplatz	erweiterte Kita-Öffnungszeiten	Informationsplattform Ehrenamt // erweiterbare Sportangebote	-	-
	Buckenhof	Alternative Wohnformen	-	Dorfbus	Nachbarschaftshilfe // Helferbörse	-	Sozialtreffpunkt	-
	Baiersdorf	Alternative Wohnformen // Schaffung von neuem Wohnraum	-	Dorfbus	-	-	-	-
	Möhrendorf	Anpassung der Bauleitplanung	Kommunikation von Ausbildungsplätzen // interkommunale Zusammenarbeit	barrierefreier ÖPNV	-	gemeindlicher Pflegestützpunkt // Orientierungsangebote in Grundschulen	-	-
Nürnberger Verflechtungsraum	Eckental	barrierefreie Planung von Neubaugebieten // sozialer Wohnungsbau	-	Barrierefreiheit // Optimierung der ÖPNV Anbindung und Ausgestaltung	-	Kooperation von KITAs und Schulen mit Senioren	-	-
	Heroldsberg	Optimierung der lokalen Wohnpolitik	Stärkung des Ortskerns	Überprüfung der Barrierefreiheit	Familienberatung	Heroldsbergakademie // Sprechstunde "Seele in Balance"	-	-
	Kalchreuth	Wohnraum für junge Familien und Senioren // Wohnen für Hilfe	-	barrierefreie Infrastruktur // Dorfbus	Freizeitangebote für Senioren	Einrichtung von KITAs // Vorträge für Gesundheit und Bildung	Integrationshilfe für Vereine	langfristige Ortsplanung
Herzogenauracher Verflechtungsraum	Herzogenaurach	-	Innenstadtentwicklung // Anwerbung von Führungs- und Fachkräften	Optimierung des ÖPNV	-	-	-	-
	Aurachtal	Ressourcenschonendes Flächenmanagement	-	Optimierung des ÖPNV // Ortsbegehung zwecks Barrierefreiheit	Helfernetz für Senioren	Informationsveranstaltungen // Ausbau der Grundversorgung	-	Gartenabfallstelle
	Oberreichenbach	-	-	-	-	-	-	-
	Großenseebach	-	-	-	-	-	-	-
	Heßdorf	-	-	-	-	-	-	-
	Weisendorf	-	interkommunale Zusammenarbeit	Barrierefreie Infrastruktur // Dorfbus // Freizeitinfrastruktur	Nachbarschaftshilfe	Mehrgenerationenspielplätze	Willkommenskultur	Gewinnung von Ehrenamtlichen
Höchstader Verflechtungsraum	Adelsdorf	Barrierefreie Wohnobjekte in Bebauungsplänen	-	-	Koordinierung/(Re-)Aktivierung von Mehrgenerationsangeboten	-	Integrationskonzept für Neubürger // Erhaltung und Ausbau von Sport- und Freizeitangeboten	-
	Gremsdorf	-	-	-	-	-	-	-
	Hemhofen	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum	-	Ortsteilreffpunkte	-	-	Willkommenskultur für junge Familien	-
	Höchstadt	kommunaler Wohnungsbau Sanierung bestehender Einrichtungen	-	Optimierung ÖPNV // offener Seniorentreff	-	-	Café international // Integration durch Ehrenamt	Aktualisierung Sozietas
	Vestenbergsreuth	-	Gründerzentrum	Fahrradwegenetz // Optimierung ÖPNV	Einrichtung Mehrzweckgebäude	Einrichtung Mehrzweckgebäude	Deutschkurse	Netzwerk Ehrenamt
	Röttenbach	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum // Nachverdichtung	-	Barrierefreier ÖPNV	-	-	-	-
	Lonnerstadt	-	-	-	-	-	-	-
	Mühlhausen	-	-	-	-	-	-	-
Wachenroth	-	-	-	-	-	-	-	

Mögliche Projektschwerpunkte

- Infrastruktur
 - Dorfbus
 - Barrierefreiheit
- Integration
 - Integrationsleitfaden
 - Integrationsbeauftragte/Empfangskomitees
 - Neubürgerstammtische
- Familie
 - Vernetzung der Ehrenamtlichen
 - kommunales Helfernetz

ERH 2030 – den demographischen Wandel aktiv gestalten

Angewandte und Europäische Regionalentwicklung
www.regionalentwicklung.bayern

Prof. Dr. Tobias Chilla
tobias.chilla@fau.de

Dipl.-Geogr. Markus Neufeld
markus.neufeld@fau.de





Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: AL 2/008/2015

Sachgebiet: Abteilung 2 - Kommunales und Jugend	Datum: 20.11.2015
Bearbeitung: Wolfgang Fischer	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Kreistag	20.11.2015	öffentliche Sitzung

Antrag des staatlichen Landratsamtes auf Übertragung der Zuständigkeit gem. § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV); Einverständnis des Landkreises

I. Sachverhalt:

Aufgrund der unvermindert hohen Flüchtlingszahlen wird den Landkreisen und kreisfreien Städten von der Regierung von Mittelfranken Woche für Woche eine beträchtliche Zahl an Flüchtlinge zur dezentralen Unterbringung zugewiesen. Für den Landkreis handelt es sich um wöchentliche Zuweisungen zwischen 50 und 60 Flüchtlingen.

Zum Ende der 46. Kalenderwoche zeichnete sich bereits ab, dass die Unterbringungskapazitäten des Landkreises bereits für die Zuweisung am 01. oder 02. Dezember nicht mehr ausreichen werden. Herr Landrat Tritthart hat daher entschieden, dass als dringliche Maßnahme alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen sind, die (seinerzeit bereits einmal als Notunterkunft genutzte) Sporthalle der Berufsschule Herzogenaurach wieder soweit baulich herzurichten, dass sie für eine erneute – diesmal dezentrale – Aufnahme von Flüchtlingen genutzt werden kann. Nach Aussage der technischen Abteilung ist für das Herrichten der Halle zwischen zwei bis drei Wochen erforderlich.

Die dezentralen Unterbringungen nimmt der Landkreis auf der Grundlage von Mietverträgen vor, die der Landrat namens und im Auftrag des Freistaates Bayern mit dem jeweiligen Vermieter abschließt. Die Bezahlung des Mietzinses sowie etwa erforderliche bauliche Ertüchtigungsmaßnahmen sind staatliche Aufgaben, die dementsprechend auch aus staatlichen Haushaltsmitteln zu bestreiten sind. Der Landkreis hat sich bislang immer im Vorfeld aller Maßnahmen von der Regierung von Mittelfranken eine Kostenerstattungszusage eingeholt und auch immer erhalten.

Bezüglich der Halle der Berufsschule haben diesmal Regierung und Staatliches Bauamt die Zustimmung kurzfristig nicht erklärt. Es wurde darauf verwiesen, dass das Landratsamt als Staatsbehörde nunmehr aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 02.09.2015 die verfahrenserleichternde Möglichkeit habe, die Errichtung und den Bauunterhalt von Unterkünften für Asylbegehrende und Flüchtlinge für Bauprojekte auf Grundlage des neuen § 4 Abs. 2 Satz 2 der eigenständig vorzunehmen.

Da die Abstimmung mit Regierung und v.a. Staatlichen Bauamt bezüglich der Berufsschule Herzogenaurach trotz aller Bemühungen der Verwaltung augenscheinlich nicht schnell

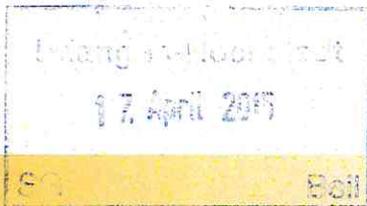
genug zum Abschluss gebracht werden kann und aktuell jeder Tag zählt, wird vorgeschlagen die Übertragung der Zuständigkeit gem. § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV) zu beantragen.

Weiter wäre es erforderlich die Verwaltung zu ermächtigen, schon vor Eingang der zu erwartenden Genehmigung des Antrages (die Oberste Baubehörde benötigt nochmals zwischen einigen Tagen bis zu maximal einer Woche um über den Antrag nach Abstimmung mit den beteiligten Stellen zu entscheiden) alle erforderlichen baulichen Maßnahmen zu tätigen (Auskleidung Hallenboden, Anpassung Wasser und Strom, Bestellung von Sanitärcontainern etc.) vorzunehmen.

II. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern die Übertragung der Zuständigkeit für das unverzügliche Vorbereiten der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach zur Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen gem. § 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Organisation der staatlichen Behörden für das Bau- und Wohnungswesen (OrgBauWoV) im Zeitraum ab sofort bis 31.12.2017 zu beantragen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, schon vor Eingang der zu erwartenden Genehmigung des Antrages durch die Oberste Baubehörde alle erforderlichen baulichen Maßnahmen zu tätigen, die für das Herrichten der Sporthalle der Berufsschule Herzogenaurach erforderlich sind.



FREIE WÄHLER

Fraktionsvorsitzender
Gerald Brehm
Silcherstr. 8
91315 Höchstadt a. d. Aisch

Telefon (09193) 626 131
Telefax (09193) 626 181
Email: buergermeister@hoechstadt.de

Herrn Landrat
Alexander Tritthart
Landratsamt Erlangen-Höchstadt
Marktplatz 6
91054 Erlangen

K.J. Brehm
17.04.15
→ LA z.w.U.

Höchstadt a.d. Aisch, 13.04.2015

Sehr geehrter Herr Landrat Tritthart,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages,

die Fraktion der Freien Wähler stellt folgenden Antrag:

Die Umsetzung des „Regional optimierten Busnetzes“ (RoBus) würde für einen Investitionsaufwand von rd. 12 Mio. Euro (Stand 2006), 6.610 Personenfahrten/24h vom MIV zum ÖPNV verlagern.

Hier würde zu einem vergleichsweise geringen finanziellen Aufwand bereits mehr als 60 % der Wirkung des StUB-Projektes (10.930 Personenfahrten/24h – ca. 380 Mio. Euro) sehr zügig erreicht.

Wir beantragen mit den Städten Erlangen und Nürnberg die Umsetzung des „RoBus“-Konzeptes unverzüglich anzugehen. Die laufenden „Bündelausschreibungen“ sollten diesbezüglich angepasst werden. Des Weiteren ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Reduzierung der ÖPNV-Fahrpreise für Jugendliche, Senioren und Berufstätige (bisher Sonderregelung nur für Studenten) zu forcieren, da auch hier für einen vergleichsweise überschaubaren finanziellen Aufwand eine deutliche Erhöhung der ÖPNV-Akzeptanz erreicht werden kann.

Zudem bitten wir Sie, über den VGN/OFV die aktuellen Nutzerzahlen „ÖPNV-Busverkehr“ anzufordern, da wir nicht nachvollziehen können, wie Investitionsentscheidungen „StUB“ in Millionenhöhe getroffen werden sollen, ohne zeitnahe Daten zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Brehm
Fraktionsvorsitzender FW